



REPUBLIK ÖSTERREICH
D A T E N S C H U T Z R A T

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Te1. (0222) 531 15/0

Fax. (0222) 531 15 2690

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.

GZ 816.405/1-DSR/92

Dr. SAUTNER
2769

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1010 W i e n

IN GESETZENTWURF
42-GE/1992
Datum: 30. JULI 1992
Verteilt 31. Juli 1992 Frö

Betrifft: Fremdengesetz - FrG

fr. May - Sautner

In der Anlage werden 25 Kopien einer Stellungnahme des
Datenschutzrates zum Fremdengesetz - FrG übermittelt.

Beilagen

17. Juli 1992
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
i.V. RAAB

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Wieninger



REPUBLIK ÖSTERREICH
D A T E N S C H U T Z R A T

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Te1. (0222) 531 15/0

Fax. (0222) 531 15 2690

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.

GZ 816.405/1-DSR/92

Dr. SAUTNER
2769

An das
Bundesministerium
für Inneres

Herrengasse 7
1014 W i e n

Betrifft: Fremdengesetz - FrG

Der Datenschutzrat hat in seiner 84. Sitzung am 15. Juli 1992 zu dem mit do. GZ 76 201/4-I/7/92 vorgelegten Entwurf eines Bundesgesetzes über den Aufenthalt von Fremden (Fremdengesetz - FrG) folgende Stellungnahme beschlossen:

1. § 71: "Verwenden erkennungsdienstlicher Daten"

1.1. § 71 Abs. 3 ist eine Übermittlungsverpflichtung:
Demnach sind die Fremdenpolizeibehörden verpflichtet,
erkennungsdienstliche Daten

Z 1: an jene Behörden zu übermitteln, die durch Verordnung
gemäß Abs. 2 mit der Verarbeitung betraut wurden (d.h., die
eine solche "überregionale Datensammlung" betreuen) und

Z 2: an Behörden, die vom selben Fremden unterschiedliche Daten
derselben Art evident halten.

Was erkennungsdienstliche Daten sind, ist dem
Sicherheitspolizeigesetz § 64 Abs. 4 im Zusammenhang mit Abs. 2
(diese Bestimmung gilt gemäß § 71 Abs. 5 des Entwurfs) zu
entnehmen.

Unklar ist allerdings, wie jene Bestimmung des Abs. 3 Z. 2 zu
verstehen ist, die eine Übermittlungsverpflichtung an jene
Behörden normiert, die vom selben Fremden unterschiedliche
Daten derselben Art evident halten. Denkbar wäre, daß es sich

- 2 -

hier z.B. um verschiedene Namen - seien sie legal oder illegal geändert worden - desselben Fremden handelt. Auf diese Auslegung deuten auch die Erläuterungen hin. Eine verständlichere Formulierung wäre allerdings angebracht.

1.2. Abs. 4 normiert die amtswegige Löschungspflicht von erkennungsdienstlichen Daten.

Hier wird ein Konnex zu Abs. 2 hergestellt und bestimmt, wann erkennungsdienstliche Daten von amtswegen zu löschen sind. Die Voraussetzungen für die Löschung unterscheiden sich von denen für das Löschen erkennungsdienstlicher Daten von amtswegen in § 73 des Sicherheitspolizeigesetzes - sie wurden den speziellen Gegebenheiten des Fremdengesetzes angepaßt. Im Gegensatz zum Sicherheitspolizeigesetz gibt es allerdings keine Regelung über die Löschung erkennungsdienstlicher Daten auf Antrag des Betroffenen.

2. § 73: "Zentrale Informationssammlung"

2.1. Anzumerken ist, daß es sich beim Bundesministerium für Inneres um keinen gesetzlichen Dienstleister handelt, da die Tatsache, daß das Bundesministerium für Inneres als Dienstleister fungieren soll, lediglich aus den Erläuterungen hervorgeht, nicht aber aus dem Gesetzestext selbst. Wohl ist aber das Bundesministerium für Inneres übergeordnet.

Allerdings bedingt die rechtliche Konstruktion der Zentralen Informationssammlung, daß eine Vielzahl von Auftraggebern jeweils für den von ihnen zu verantwortenden Datenbestand die Pflicht der Auskunftserteilung und Richtigstellung trifft. Damit ist es dem Auskunftswerber unmöglich, auf einfache Art und Weise über alle ihn betreffenden allen einschlägigen Behörden zur Verfügung stehenden fremdenpolizeilichen Daten zu erlangen. Der Datenschutzrat regt an, diese datenschutzpolitisch unbefriedigende Situation zu überdenken und Verfahrensvorschriften zu entwickeln, die es dem Betroffenen erleichtern, zu einer "Vollauskunft" zu gelangen.

- 3 -

2.2. Abs. 3 ermächtigt die Fremdenpolizeibehörden, die von ihnen in der Zentralen Informationssammlung gespeicherten personenbezogenen Daten zu benützen und diese Daten zu übermitteln, und zwar nur an die im Gesetz taxativ aufgezählten Übermittlungsempfänger: Das sind Sicherheits-, Paß-, Fremdenpolizei-, Asyl- oder Grenzkontrollbehörden. Die Übermittlung an die aufgezählten Behörden sollte gesetzlich auf jene Fälle beschränkt werden, in denen die Daten zur Erfüllung von gesetzlichen Aufgaben der empfangenden Behörde benötigt werden.

Weiters regt der Datenschutzrat an, die Terminologie des FrG jener des Datenschutzgesetzes anzupassen und statt des Terminus "Auskünfte erteilen" in § 73 Abs. 3 den datenschutzrechtlich korrekten Begriff "übermitteln" zu verwenden.

3. § 74: "Internationaler Datenverkehr"

Wird ein völkerrechtliches Übereinkommen auf Grund des § 74 abgeschlossen, hat dieses nicht nur die Datenarten (§ 74 Abs. 2), sondern auch die Empfänger zu nennen. Nur unter dieser Voraussetzung wäre der Internationale Datenverkehr im Sinn des § 32 Abs. 2 Z. 1 DSG genehmigungsfrei.

25 Kopien dieser Stellungnahme wurden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

17. Juli 1992
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
i.V. RAAB

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

